

Erhard Crome

9/11 – historische Umstände und Folgen

General David Petraeus, der als Militärplaner und Kommandeur maßgeblich an den Kriegen der USA in Irak und Afghanistan beteiligt war, wurde am 6. September 2011 im Weißen Haus in Washington als neuer CIA-Chef vereidigt. In einer Ansprache erklärte er, Amerikas Krieg gegen den Terrorismus sei nicht zu gewinnen, sondern werde „ewig“ dauern.¹ Damit wurde die strategische Perspektive, welche die Administration des Präsidenten George W. Bush der weltweiten Kriegsführungsstrategie der USA gegeben hatte – nämlich von einem permanenten Krieg der USA auszugehen, der räumlich, zeitlich und von den eingesetzten Mitteln her unbegrenzt ist –, von der Obama-Administration übernommen. Diese Aussage vom Vorabend des 10. Jahrestages der Ereignisse des 11. September 2001 hat unübersehbar eine politische Symbolik. Die imperiale Kontinuität ist größer, als es Barack Obamas «Yes, we can»-Wahlkampagne 2008 hatte vermuten lassen.

Die Welt vor zehn Jahren

Wenn man die Veränderungen verstehen will, die vor zehn Jahren eintraten, sollte noch einmal auf die 1990er Jahre geschaut werden. Der Filmemacher und Schriftsteller Michael Moore stellte in seinem Buch vor etwas mehr als zehn Jahren – geschrieben vor dem 11. September 2001, aber nachdem Bush das Weiße Haus übernommen hatte – die eher rhetorische Frage, ob „die Dinge noch vor etwa einem Jahr nicht viel besser aus(sahen)?“ Und betonte dann:

„Sollten wir nicht die ‚größte wirtschaftliche Expansion in der Geschichte‘ erleben? Hatte die Regierung es nicht nach 55 Jahren geschafft, aus den roten Zahlen zu kommen und wies endlich einen Überschuss aus, der so hoch war, dass man damit jede Straße, Brücke und jeden Backenzahn in den USA sanieren konnte? Die Luft- und Gewässerverschmutzung hatte ihren tiefsten Stand seit Jahrzehnten erreicht, die Kriminalitätsrate war so niedrig wie nie zuvor, unerwünschte Schwangerschaften bei Teenagern gingen merklich zurück, und mehr Jugendliche denn je erreichten einen Highschool- oder Collegeabschluss. Alte Menschen lebten länger, man konnte für 12 Cent die Minute nach Katmandu telefonieren, und das Internet brachte die Welt (abgesehen von den zwei Milliarden Menschen, die keinen Strom haben) zusammen... Ja, das Leben wurde immer besser – und wir spürten es. Die Leute waren freundlicher, Wildfremde auf der Straße sagten einem die Uhrzeit und bei ‚Wer wird Millionär‘ wurden die Fragen einfacher gemacht, damit mehr Teilnehmer gewannen.“

¹ The Guardian, London, 6. September 2011.

Danach heißt es: „Und dann passierte es.“² Gemeint war, dass im Weißen Haus George W. Bush (2001-2009) auf den Posten des US-Präsidenten gelangt war.

Tatsächlich waren die 1990er Jahre, speziell die Jahre der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton (1993-2001), Jahre des Aufschwungs, zunehmender Beschäftigung, wachsenden Wohlstands der Bevölkerung, des Abbaus der Staatsschulden und eines allgemeinen Gefühls, dass es besser wird, im Lande und im persönlichen Leben. Darauf bezieht sich der Verweis von Moore, dass erstmals seit über fünf Jahrzehnten die Staatseinnahmen die Ausgaben überstiegen. In den USA, wie in anderen Ländern des Westens, hatte auch ein Gefühl Platz gegriffen, den Kalten Krieg gewonnen zu haben, und nun in der besten aller Welten zu leben, in der es nur noch aufwärts gehen könne. Gewiss, unter Clintons Präsidentschaft wurde 1999 die neue NATO-Strategie verabschiedet, die auch Handelswege, Marktzugang und Rohstoffversorgung als weltweit zu verfolgende Kriegsziele bestimmte, und er hatte ebenfalls seine Kriege geführt: der Jugoslawienkrieg der NATO fiel in seine Verantwortung, wie auch die immer mal wieder angeordneten Luftangriffe gegen begrenzte Ziele in Irak unter Berufung auf die nach dem Irak-Krieg von 1990 eingerichtete „Flugverbotszone“. Im Grunde hatten alle demokratischen Präsidenten der USA seit 1945 „ihren“ Krieg geführt: Harry S. Truman (1945-1953) Anfang der 1950er Jahre in Korea, John F. Kennedy (1961-1963) und Lyndon B. Johnson (1963-1969) in den 1960er Jahren in Vietnam; lediglich Jimmy Carter (1977-1981) hatte keinen direkten Krieg geführt, sein Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski hatte allerdings die Weichen für das militärische Eingreifen der USA in Afghanistan gegen die Sowjetunion gestellt. Die Clinton-Jahre waren außenpolitisch nichts besonderes. Die Rüstungsausgaben verharrten auf einem moderaten Niveau, nachdem sie nach dem Ende des Kalten Krieges tatsächlich reduziert worden waren. Die Präsidentschaft war gleichsam innenpolitisch orientiert und außenpolitisch eher auf Ausgleich und Diplomatie gerichtet.

Der Änderungsdruck

Damit wollten sich imperiale Machtpolitiker in den USA jedoch nicht zufrieden geben. Die Thesen von der einzig verbliebenen Supermacht in einer unipolaren Welt, die berufen sei, von den USA beherrscht zu werden, wurden in Umlauf gebracht. George W. Bush war bei der US-Präsidentenwahl im Jahre 2000 nicht von der Mehrheit gewählt worden. Auch die Mehrheit der Wahlmänner hatte er nicht. Nur durch Zuweisung der Wahlmänner des Staates Florida, in dem sein Bruder Gouverneur war, wurde er ins Weiße Haus gebracht. Es war, wie viele Beobachter betonten, „ein rechtsgerichteter Putsch“, mit dem Bush an die Macht

²

Michael Moore, *Stupid White Men*, München: Piper Verlag 2002, S. 11.

geschoben wurde. Nun meinten etliche Kommentatoren, wegen dieses Geburtsfehlers seiner Macht bedurfte Bush des Krieges, um seine Wiederwahl auf einer nationalistischen Welle zu sichern. Vielleicht war es aber gerade umgekehrt: Er wurde an die Macht gebracht, um Krieg zu führen, eine Reihe US-amerikanischer Neuordnungskriege in der Welt zu eröffnen.

Die Neokonservativen in den USA hatten bereits in den 1990er Jahren ihre verschiedenen Netzwerke gegründet, darunter das *Project for the New American Century* (PNAC). Das agitierte seit Mitte der 1990er Jahre für den Sturz Saddam Husseins und einen Krieg gegen den Irak. Davon wollte Präsident Clinton nichts wissen; George W. Bush zunächst ebenfalls nicht. Das änderte sich mit dem 11. September 2001. Der neokonservative Politikberater Robert Kagan sagte dazu: „Der 11. September ist der Wendepunkt. Nichts anderes.“ Unabhängig davon, wer 2001 was geplant und getan hatte, entscheidend war, wie dies von der damaligen USA-Regierung genutzt wurde, nicht nur um der Politik der USA eine andere Richtung zu geben, sondern die Atmosphäre in der Welt politisch zu verändern. Die Professoren John J. Mearsheimer (University of Chicago) und Stephen M. Walt (Harvard University) schrieben: „Für die Neokonservativen war der 11. September der neue Kontext, in den sie all ihre alten Ansichten zur amerikanischen Außenpolitik einbetten konnten.“³

US-Präsident George Bush (1989-1993) hatte seine Anfang der 1990er Jahre verkündete „Neue Weltordnung“ in eine eher gefällige Rhetorik verpackt; sie enthielt auch kooperativ klingende Worte, aber sie war nicht so gemeint. Die US-Regierung in Gestalt des Außenministers Baker hatte der sowjetischen Führung im Februar 1990 versprochen, dass es auch für die Sowjetunion gut sei, wenn das wiedervereinigte Deutschland unter der Kontrolle der NATO, sprich: der USA, steht, „während gleichzeitig gewährleistet ist, dass die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet“.⁴ Inzwischen sind umfangreiche NATO-Erweiterungen um Ostmitteleuropa und Südosteuropa Realität geworden; weitere werden diskutiert.

Der Krieg gegen Irak 1990/91 galt einem Kriegsverbrecher und Aggressoren. Dass die USA Saddam Hussein eine diplomatische Falle gestellt hatten, war im Getöse des Tagesgeschäfts untergegangen. Den *casus belli* schuf faktisch die US-amerikanische Botschafterin, als sie Saddam Hussein auf Anfrage erklärte, dass die USA bei einer Annexion Kuweits ihre Interessen nicht tangiert sähen, was dieser als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin als desavouiert und sich im Konflikt mit den USA, ihren Verbündeten und dem Völkerrecht zu sehen. Die völkerrechtliche Sachlage war klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land

³ John J. Mearsheimer, Stephen M. Walt: *Die Israel-Lobby*, Frankfurt/New York: Campus Verlag 2007, S. 343.

⁴ Michael R. Beschloss, Strobe Talbott: *Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991*, Düsseldorf u.a.: ECON Verlag 1993, S. 245.

überfallen, und der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz.⁵ Allerdings hatte Bush sen. davor zurückgeschreckt, den Irak tatsächlich zu besetzen. Ein geschwächter Saddam Hussein, der „die Ordnung“ aufrecht erhielt, und Flugverbotszonen im Norden und Süden, die dazu dienten, den USA nach Belieben einen Vorwand für Bombardierungen im Irak zu schaffen, sowie ein Embargo, in dessen Folge zwar Tausende Kinder und Arme in Irak starben, der Westen aber seine regelmäßigen Öllieferungen erhielt, reichten ihm aus.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Abschaffung der Warschauer Vertragsorganisation im Osten hätte auch die Auflösung der NATO historisch auf der Tagesordnung gestanden. Die Planer und Organisatoren der Militärorganisation wollten jedoch ihre Erhaltung und Neuausrichtung, nun auf global zu fixierende Aufgaben. In Washington war bereits in den 1990er Jahren begonnen worden, über eine neue imperiale Politik nachzudenken. Der Jugoslawienkrieg Ende der 1990er Jahre mutete aus dieser Perspektive schwerfällig an, mussten doch die Vertreter die anderen Länder in die Entscheidungsgremien des Krieges einbezogen werden. Singuläre imperiale Entscheidungen schienen einfacher.

Dennoch gab es zunächst keinen imperialen Konsensus in den USA. Die Neo-Konservativen waren bei Clinton nicht durchgedrungen. Henry Kissinger, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, meinte bereits im Jahre 1992, dass es eine unilaterale Welt nicht geben könne und die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erstmals in der Situation sind, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete ‚Realpolitik‘ unter der Voraussetzung einer ‚Balance of Power‘ – also keine neue Imperialpolitik. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum ersten Weltkrieg überhaupt keine tatsächliche Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Schon der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt; die amerikanische Position oszillierte „zwischen dem Glauben, der Kommunismus sei absolut böse, und der Auffassung von Kommunismus als Ziel von Konvertierung“, mit der Konsequenz, nun zu glauben, „der Kommunismus sei wegen der Richtigkeit der demokratischen Idee zusammengebrochen“.⁶

Es gehört zu den Eigenheiten US-amerikanischer Politik, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw.

⁵ Vgl. Pierre Salinger/Eric Laurent: *Krieg am Golf. Das Geheimdossier*, München/Wien: Carl Hanser Verlag 1991, S. 49ff, insbesondere S. 63; Erhard Crome: *Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg*, in: *iPW-Berichte*, Berlin, Heft 11-12/1991, S. 40-43.

⁶ Henry A. Kissinger: *Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten*, in: *Europa-Archiv*, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufzuladen und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic und Bin Laden zum Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden. Die Politik und Kriegsführung sowie die darum gerankte Rhetorik von Bush jun. standen in genau dieser Kontinuität. Die von Kissinger beschriebene Umorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik hatte bis 2008 nicht stattgefunden, statt dessen wurde eine Volte zu einer aggressiven imperialen Politik geschlagen, die vor allem auf Krieg und Hochrüstung setzte. Mit dem „11. September“ hatten die US-Regierung und die NATO-Führung mit dem „islamistischen Terrorismus“ wieder einen übermenschlichen Feind, der an die Stelle des „Kommunismus“ getreten war, und zu dessen „Abwehr“ sich eine erneute imperiale Politik und Strategie machen ließen.

Die Wandlungen

Am Ende der Präsidentschaft von Bush sen. (1993) hatten die USA 4,4 Bill. US-Dollar Schulden und ein Brutto-Inlands-Produkt (BIP) in Höhe von 6,8 Bill. Dollar. In der Zeit von Bill Clinton stiegen die Schulden auf 5,8 Bill. Dollar und das BIP auf über 10,2 Bill. Dollar.⁷ Das heißt, während am Ende der konservativen Präsidentschaft von Bush sen. die Schulden 64,7 Prozent des jährlichen BIP ausmachten, sank dieser Anteil unter dem Demokraten Clinton auf 56,9 Prozent. Mit anderen Worten, die Schulden stiegen langsamer und das Wirtschaftswachstum lag höher, was zu einer tendenziellen Schuldenreduzierung führte. In den letzten Clinton-Jahren wurde sogar ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet. Darauf hatte Michael Moore verwiesen.

Imperiale Überdehnung

Bush jun. brachte mit seiner neuerlichen Prioritätensetzung auf Hochrüstung und Krieg, bei gleichzeitiger Steuersenkung für die Reichen, die Schulden bis Ende 2008 auf eine Höhe von über 10 Bill. Dollar, während das BIP 14,3 Bill. Dollar betrug; das war dann ein Verhältnis der Schulden zum BIP von 70,7 Prozent. Bush jun. hatte so nicht nur die Bemühungen der Clinton-Zeit um Haushaltskonsolidierung rückgängig gemacht, sondern auf eine neue Höhe gebracht. Dies sollte, nebenbei bemerkt, für jeden Politiker ein Merkzeichen sein, der Haushaltskonsolidierung für ein politisches Ziel erklärt, für das sich linksliberale oder sozial bzw. sozialdemokratisch orientierte Politiker einsetzen sollten. Dabei war für diese Regierungszeit charakteristisch, dass das Schuldenwachstum pro Jahr bei 7,8 Prozent lag, während das

⁷

<http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuld/usa/usa0.htm>. (Gesehen: 25. November 2009.)

Wirtschaftswachstum 4,9 Prozent im Jahresdurchschnitt betrug.⁸ Das heißt, es wurden extreme Schulden-Folgekosten aufgehäuft, die jeden Nachfolger in seinem Handeln einschränken mussten. Die USA haben weltweit die höchste Staatsverschuldung.

Die Rüstungsausgaben sind weltweit im Jahre 2009 auf etwa 1.530 Milliarden US-Dollar angestiegen. Damit haben sie sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts insgesamt verdoppelt. Im Jahre 2006 waren es 1204 Milliarden US-Dollar – damit war die Größenordnung von 1988, am Ende der Block-Konfrontation und der Reagan-Jahre, die ebenfalls Hochrüstungsjahre waren, erreicht und überschritten worden. Alle Rüstungsausgaben, die über dieser Marke liegen, sind solche jenseits der im Kalten Krieg erreichten Höhe. Das heißt bei weiter Jahr für Jahr steigenden Rüstungsausgaben sind es jeweils die höchsten seit dem zweiten Weltkrieg.

Die Militärausgaben der USA lagen am Ende der letzten Clinton-Jahre bei 300,6 Mrd. Dollar (2000). Der „11. September“ gab dann die Möglichkeit, wieder eine bedrohungsgeleitete Außenpolitik zu betreiben und in der Hochrüstungspolitik drastisch umzusteuern. Ende Juni 2001 hatte die Bush-Administration für 2002 einen Anstieg auf 330 Mrd. vorgesehen. Das fand der damalige Verteidigungsminister Rumsfeld enttäuschend. Ende September / Anfang Oktober 2001 – nach dem 11. September – wurden dann 343,3 Mrd. Dollar für 2002 beschlossen. Das war eine Steigerung innerhalb eines Jahres um über zehn Prozent. Am Ende der Bush-Präsidentschaft lagen die Rüstungsausgaben der USA im Jahre 2008 bei 607 Mrd. US-Dollar.⁹ Das waren wieder weit über 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben.

Wenn wir davon ausgehen, dass das Bruttoinlandsprodukt der USA (BIP) unter Bush jun. von 10,2 Bill. Dollar auf 14,3 Bill. Dollar stieg – also auf 140,2 Prozent – und die Staatsschulden von 5,8 Bill. Dollar auf 10 Bill. stiegen – auf 172,4 Prozent –, so war das Wachstum der Militärausgaben von etwa 300 Mrd. Dollar auf über 600 Mrd. das höchste: auf über 200 Prozent. Das heißt die Zahlen verweisen ganz eindeutig auf das Grundproblem der Wirtschaft der USA bzw. ihrer imperialen Überdehnung: die Hochrüstung korreliert mit der Zunahme der wirtschaftlichen Probleme, oder anders gesagt: die Hochrüstung zum Zwecke imperialer Politik ist einer der Gründe für die Schwächung der wirtschaftlichen Position der USA in der Welt.

⁸ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuld/usa/usa0.htm>. (Gesehen: 25. November 2009.)

⁹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/12462/umfrage/ruestungsausgaben-ausgewachlterlaender-in-2008/> (Gesehen: 23. November 2009.)

Demontage des Völkerrechts

Zum Kampf gegen „den internationalen Terrorismus“ beschloss der UNO-Sicherheitsrat am 28. September 2001 unter Verweis auf Kapitel VII der UNO-Charta einstimmig die Resolution 1373 und verpflichtete alle Staaten der Welt zu einer Veränderung ihrer entsprechenden Gesetze – ein solches Recht auf Eingriff in die Hoheitsrechte aller Staaten der Welt hatte der Sicherheitsrat nie zuvor für sich in Anspruch genommen. Die NATO hatte bereits am 12. September 2001 den „Bündnisfall“ gemäß Art. 5 des NATO-Vertrages erklärt. Am 7. Oktober 2001 wurde der Krieg gegen Afghanistan begonnen, weil angeblich dort die Drahtzieher der Anschläge vom 11. September Unterschlupf gefunden hatten. Dieser Krieg hat mit nachweislich existierenden internationalen Netzwerken des Terrorismus seit Jahren nichts mehr zu tun. Am Ende geht es der NATO nur noch darum, das „Gesicht nicht zu verlieren“ und irgendwie herauszukommen.

Der Krieg gegen den Irak ab 20. März 2003 wurde mit angeblichen Verbindungen des dortigen Regimes mit Terroristen begründet. Sie erwiesen sich sehr rasch als erlogen. Der Staat Irak und seine Infrastruktur wurden zerstört. Mindestens 9.800 irakische Soldaten und Polizisten sowie etwa 5.000 Soldaten der Besatzungstruppen kamen ums Leben. Die unmittelbaren Kriegskosten betrug nach offiziellen Angaben der USA 616 Milliarden US-Dollar, die indirekten Gesamtkosten nach Joseph Stiglitz auf etwa drei Billionen US-Dollar. Das UN-Flüchtlingshilfswerk ging 2007 davon aus, dass vier Millionen Iraker auf der Flucht waren, das war etwa ein Fünftel der Bevölkerung, darunter 1,2 Millionen in Syrien und eine Million in Jordanien. 1,9 Millionen Menschen waren nach UN-Angaben innerirakische Flüchtlinge, die aus ihren Heimatorten vertrieben worden waren.¹⁰ Der Irak-Krieg war für das irakische Volk eine humanitäre Katastrophe, und er brachte den USA nur eine offensichtliche außenpolitisch-militärische Niederlage von strategischer Bedeutung, sie haben dort den Zenit ihrer Machtentfaltung überschritten.

Aber auch viele weitere Entwicklungen, welche die internationalen Beziehungen der vergangenen zehn Jahre prägten, nehmen am 11. September 2001 ihren Ausgangspunkt, insbesondere der sichtliche und nicht auf die USA beschränkte Abbau demokratischer bzw. Freiheitsrechte. Das „Gesetz zur Stärkung und Einigung Amerikas durch Bereitstellung geeigneter Instrumente, um Terrorismus aufzuhalten und zu blockieren“, kurz „Patriot Act“, vom 25. Oktober 2001 brachte eine drastische Einschränkung der Bürgerrechte in den USA mit sich, darunter auch hinsichtlich von Ein- und Ausreisen in die und aus den USA. Zum 1. Januar 2003 wurde das „US-Ministerium für Heimatschutz“ geschaffen. Es ist mit 170.000 Mitarbeitern die größte Bundesbehörde der USA nach dem Pentagon. Alberto Gonzales, 2005 der neue Justizminister in der Bush-Administration, hatte sich

¹⁰ Die Zeit Online, 18. April 2007.

seinem Herrn besonders angedient, als er, damals „Rechtsberater“ des Weißen Hauses, in einem für den Präsidenten bestimmten Memorandum begründet hatte, dass die Folter von Gefangenen im „Krieg gegen den Terror“ erlaubt sei. Die Praxis von Guantanamo, von der seit längerem alle wissen, war eine Folge dessen.

Dann kamen Schritt für Schritt weitere Tatsachen ans Licht. Das Wochenmagazin *The New Yorker* berichtete von dem Fall des aus Syrien stammenden Kanadiers Maher Arar, der einer al-Qaida-Zugehörigkeit verdächtigt wurde. Er wurde beim Rückflug von einem Familienbesuch im Nahen Osten beim Umsteigen in New York verhaftet, dreizehn Tage lang von der CIA verhört und anschließend über Rom nach Jordanien und dann nach Syrien geschafft. Dort warf man ihn in eine Dunkelzelle und folterte ihn, monatelang. Der Libanese Khaled el-Masri wurde auf dem Wege von Ulm nach Mazedonien „von Unbekannten“ nach Afghanistan entführt und dort verhört und ebenfalls gefoltert. Ulm liegt bekanntlich in Deutschland. Hätten nicht deutsche Behörden ermitteln müssen? Was tun eigentlich deutsche Truppen bei der „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch“, wenn derlei Taten ungesühnt bleiben? Das Outsourcing des Folterns durch die USA-Behörden erfolgte in Länder, die sowieso auf der Kritikliste der Menschenrechtsorganisationen stehen – und offiziell auch von den Außenministerien nicht nur der USA, Deutschlands ebenfalls, wegen Menschenrechtsverletzungen getadelt werden, darunter Ägypten unter Mubarak, Syrien, Jordanien, Marokko. Und die gedungenen Folterknechte „foltern bis zum Tode“, wie der vormalige CIA-Agent Robert Baer der BBC berichtete. Grundlage waren geheime Anordnungen der Bush-Regierung.

Abkehr von der Moderne

Das, was unter Hinweis auf den „11. September“ bei der Demontage des Völkerrechts so erfolgreich funktioniert hatte, wurde unter Verweis auf die „innere Sicherheit“ auch auf die Rechtsordnung der Bundesrepublik erstreckt. Zunächst hatte Otto Schily, der sozialdemokratische Bundesinnenminister der SPD-Grünen-Koalition, unter Verweis auf „den Terrorismus“ durchgesetzt, dass Kontendaten durch die Banken den Fahndern des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes über Bewegungen auf Konten von Privatpersonen mitgeteilt werden mussten, die als Ausländer und mutmaßliche „Terroristen“ eingestuft wurden. Als die Hartz-IV-Gesetze in Kraft gesetzt wurden, wurde dieses Instrument auf eine Auskunftspflicht in Bezug auf alle Bürger gegenüber Sozial- und Finanzämtern ausgedehnt.

Wolfgang Schäuble, Innenminister der nachfolgenden CDU/CSU-SPD-Koalition, ließ dann an einer Änderung des Passgesetzes arbeiten, damit die Polizeibehörden online Zugriff auf die digitalisierten Passfotos der bei den Meldeämtern gespeicherten Bilder erhalten. Dazu dienen auch die im Zusammenhang mit den neuen Reisepässen gespeicherten Fingerabdrücke. Galt im bürgerlichen Rechtsstaat

traditionell die Unschuldsvermutung, geht es jetzt um die Daten aller Bürger – jede und jeder gilt nunmehr als potentiell verdächtig.

Das ist eine Abkehr von der Moderne: Bei der Heiligen Inquisition der Vormoderne galt der Rechtsgrundsatz, dass jeder Denunzierte verdächtig war, und dieser, um dem zu entrinnen, seine Unschuld beweisen musste. Der bürgerliche Rechtsstaat hingegen ging von der Vermutung der Unschuld jedes Beschuldigten aus, die Beweislast liegt bei der Anklage. Schäuble wies dagegen darauf hin, die Unschuldsvermutung gelte bei der Verfolgung von Straftaten, nicht aber bei der „Abwehr von Gefahren“. Zu dieser im Interesse der „inneren Sicherheit“ gehören nun der „Lauschangriff“, die Ausweitung der Telefonüberwachung, die Verschärfung des Luftsicherheitsgesetzes, die Einführung und Nutzung des „biometrischen“ Personalausweises, die Schleier- und Rasterfahndung, die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, die automatische Gesichtserkennung, die Nutzung von Mautdaten für die Fahndung, die Vorratsspeicherung von Telefon- und Internet-Daten. Es fand eine Umkehr der Beweislast statt: Wie bei der Inquisition gilt jeder wieder als schuldig.

Eine unmögliche Bilanz

Eine abschließende Bilanz ist nicht möglich. Petraeus' Wort von der Ewigkeit steht im Raum. Angela Merkel hat dies für ihre Politik als deutsche Bundeskanzlerin bekräftigt: „Wir haben latent eine terroristische Gefahr. Es ist die neue große Bedrohung geworden und die Weltgemeinschaft wird noch viel zusammen arbeiten müssen, um zu lernen, wie man dieser Bedrohung abschließend begegnet.“ So seien auch künftig stärkere Einschränkungen der Bürgerrechte angesagt: „Ich bin bereit, stärkerer Kontrollen zu akzeptieren. Wir haben Gesetze gemacht, die bis dahin ungeahnte Einschnitte mit sich brachten. Einschnitte, die wir so nicht kannten. Meine persönliche Sicht ist, dass das notwendig ist, um das hohe Gut freiheitlichen Lebens für die große Mehrheit der Menschen sicherzustellen.“¹¹ Das ist Neusprech nach Orwell. Gemeint ist: Im Namen der Freiheit wird die Freiheit weiter eingeschränkt, und das auf unabsehbare Zeit.

Barack Obama war 2008 angetreten mit der Zusage, die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen. Es hat offenbar Einschränkungen bei der Folter gegeben. Aber Guantanamo existiert weiter, nur hat der Präsident untersagt, aktuelle Bilder von der Gefangenhaltung der Häftlinge zu veröffentlichen. Dafür gibt es den Einsatz von Drohnen, unbewaffneten Flugzeugen bzw. Bomben, gegen zu Terroristen erklärten menschlichen Zielen, was kein Richter und kein rechtsstaatliches Verfahren je überprüfen kann. Der Rüstungshaushalt der USA für 2012 wurde in Höhe von 648

¹¹ RTL, 9. September 2011.

Mrd. Dollar beschlossen, 17 Mrd. höher als 2011;¹² „Einsparungen“ beziehen sich auf die Höhe des früher geplanten Wachstums, nicht auf die tatsächliche Höhe. Auch dieser Rüstungshaushalt ist wieder der größte in der Geschichte, Weltwirtschaftskrise hin, Haushaltsprobleme der USA her. Und die Planungen für die Entwicklung der Atomwaffen der USA reichen bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts, obwohl Obama am 4. April 2009 in Prag von dem Ideal einer atomwaffenfreien Welt geredet hatte. Es hat Veränderungen gegeben, eine Verfreundlichung der Diplomatie der USA nach Bush jun., aber die Kontinuität imperialer Politik überwölbt diese. Ohne den „11. September“ hätte dies alles so nicht bewerkstelligt werden können. Mit ihm verbindet sich die maßgebliche weltpolitische Weichenstellung des 21. Jahrhunderts.

Zum Weiterlesen:

Erhard Crome, Claus Montag, Otfried Nassauer: Zwei Jahre Obama. Halbzeitanalysen und Betrachtungen, [RLS-Papers 6/2011](#).

¹²

Jerry Sommer: Wie Obama bei der Rüstung sparen könnte, WDR 5, 11. 07. 2011.